



19. April 2023

Herrn
Kreistagsvorsitzenden
André Stolz
Heimbacher Str.7
65307 Bad Schwalbach

Antrag: Asyl- und Flüchtlingspolitik – Kommunen unterstützen

Sehr geehrter Herr Stolz,
die CDU-Kreistagsfraktion beantragt folgendes:

Der Kreistag möge beschließen:

1. Der Kreistag des Rheingau-Taunus-Kreises fordert, dass die Bundesregierung schnellstmöglich die derzeitigen Probleme im Hinblick auf die Flüchtlingszuweisung und Flüchtlingsunterbringung in den Kommunen erkennt und konkrete Hilfsangebote den Kommunen anbietet.
 - 1.1 In diesem Zusammenhang spricht sich der Kreistag grundsätzlich für eine Begrenzung der Flüchtlingszahlen aus. Konkret sollen die Flüchtlingszuweisungen an den Rheingau-Taunus-Kreis die Strukturen im Kreis nicht überfordern.
 - 1.1.1 Die irreguläre Migration nach Deutschland muss spürbar reduziert werden, um die Kommunen zu entlasten und die Akzeptanz für die humanitäre Verantwortung Deutschlands für tatsächlich Schutzbedürftige zu erhalten.
 - 1.1.2 Weiterhin muss die Bundesregierung alle Maßnahmen stoppen, die zu weiteren vermeidbaren Belastungen der Kommunen führen. Dazu zählen auch freiwillige Programme zur Aufnahme von zusätzlichen Migranten, wie z. B. das Sonderaufnahmeprogramm Afghanistan.

- 1.1.3 Die Bundesregierung muss ihre vielfach versprochene Rückführungsoffensive für abgelehnte Asylbewerber endlich umsetzen, vor allem bei Straftätern und Gefährdern. Das System der Dublin-Überstellungen innerhalb Europas muss dringend wieder funktionstüchtig werden.
- 1.2 Des Weiteren fordert der Kreistag die Bundesregierung auf, den Kommunen wirksame Entlastungsmöglichkeiten an die Hand zu geben sowie bei den entstehenden Kosten zur Seite zu stehen.
 - 1.2.1 Die Kommunen müssen bei der Unterbringung von Migranten wirksam entlastet werden. Neben der Bereitstellung geeigneter Bundes-Immobilien oder geeigneter Container-Unterkünfte muss die Bundesregierung insbesondere dafür sorgen, dass Asylbewerber nur bei guter Bleibeperspektive und gekläarter Identität sowie nur dann auf die Kommunen in der Fläche verteilt werden, wenn von der Person keine Gefahr für die öffentliche Sicherheit vor Ort ausgeht.
 - 1.2.2 Die Bundesregierung muss die finanzielle Unterstützung der Kommunen bei der Versorgung und Aufnahme von Migranten nachvollziehbar und dauerhaft regeln, um den Kommunen Planungssicherheit in der Migrationspolitik zu geben. Insbesondere muss der Bund, solange er die irreguläre Migration weiterhin nicht effektiv begrenzt und steuert, die vollständigen Kosten der Unterkunft übernehmen. Daneben muss der Bund auch die Kosten der Integrationsleistungen, etwa in Schulen und Kitas sowie von Jugendsozialarbeitern und Sozialpädagogen, die für die Betreuung und die Integration nötig sind, erstatten.
 - 1.2.3 Die Asylverfahren innerhalb der Bundesrepublik Deutschland müssen beschleunigt in Landeserstaufnahmeeinrichtungen erfolgen; hierzu ist das Konzept der AnKER-Zentren weiterhin maßgeblich. Aus den AnKER-Zentren müssen abgelehnte Asylbewerber unmittelbar in ihre Heimat zurückgebracht werden.
 - 1.2.4 Für die bessere Versorgung und Aufnahme der ukrainischen Kriegsflüchtlinge müssen die Kommunen mehr Möglichkeiten bekommen, ukrainisches Personal schnell und unbürokratisch in Schulen und Kindergärten einzustellen.

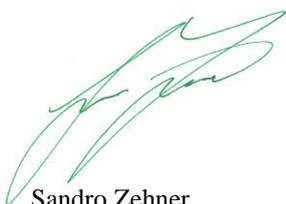
Begründung

Der Rheingau-Taunus-Kreis und seine Städte und Gemeinden leisten seit langem ihren Beitrag zur Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen im Kreisgebiet. Spätestens seit Beginn des verbrecherischen Überfalls Russlands auf die Ukraine sind die Zahlen der zu uns kommenden Menschen noch einmal deutlich angestiegen. Im Jahr 2022 wurden über 240.000 Asylanträge in Deutschland gestellt, so viele wie seit dem Jahr 2016 nicht. Allein in den ersten drei Monaten dieses Jahres kamen weitere 87.777 Asylanträge hinzu. Es sind die Kommunen, die auf irregulärem Weg nach Deutschland gekommenen Migranten, von denen viele nicht schutzbedürftig sind, aufnehmen, versorgen und betreuen – zusätzlich zu den über eine Million ukrainischen Kriegsflüchtlingen, denen Deutschland richtigerweise Schutz vor dem russischen Angriffskrieg bietet.

Im Bericht des Landrates vom 7. März 2023 wird die Zahl der Zuweisungen auf einem konstant hohen Niveau beschrieben, ca. 30 Personen pro Woche zusätzlich der unangekündigten Ukrainerinnen und Ukrainer. Mittlerweile werden zwei Sporthallen im Kreisgebiet als Notunterkünfte genutzt und fallen für ihren eigentlichen wichtigen Zweck aus. Die Ertüchtigung einer dritten Halle konnte noch vermieden werden. Immer mehr Menschen müssen in großen Unterkünften in sehr beengten Verhältnissen leben. Integrationsarbeit kann so kaum stattfinden. Die Kräfte von ehrenamtlichen und hauptamtlichen Akteuren sind erschöpft. Die Lage ist prekär.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat am 30. März 2023 zu einem Kommunalgipfel geladen. Oberbürgermeister, Bürgermeister und Landräte aus ganz Deutschland sind dieser Einladung gefolgt, so auch Landrat Frank Kilian, und haben hieran teilgenommen. Aus den Forderungen und Beiträgen beim Kommunalgipfel wurden zwei Punkte deutlich, die auch hier im Rheingau-Taunus-Kreis spürbar sind: Erstens ist die Bereitschaft, geflohenen Menschen beizustehen, ist groß; zweitens nehmen aber die Ressourcen und Möglichkeiten deutlich ab, d.h. die Aufnahme weiterer Asylbewerber stößt an ihre Grenzen oder sind schon ausgeschöpft. Es fehlt mehr als nur am Geld. Es mangelt an Wohnraum, Kinderbetreuung, Lehrkräften, Sozialpädagogen und Jugendsozialarbeitern, medizinischem Personal, behördlichen Kapazitäten. Die personelle Situation im Fachdienst des Rheingau-Taunus-Kreises verschärft sich. Es besteht ein erhöhter Personalbedarf. Auch die Möglichkeiten der Hilfsorganisationen, Kirchen, Tafeln, Helferkreise, Ehrenamtlichen, der Integrations- und Deutschkurse und der Sicherheitsdienstleister sind erschöpft. In dieser Lage wird es aus Sicht der Kommunen immer schwieriger, die kommunalen Leistungen des „Normalbetriebs“ zu erbringen. Zudem wurde die Sorge um die Akzeptanz des Asylsystems und den gesellschaftlichen Zusammenhalt deutlich, wenn Ausreisepflichtige immer seltener tatsächlich das Land verlassen.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, dass wir auf kommunaler Ebene der Bundesregierung deutlich machen, wie prekär und zugespitzt die Situation hier vor Ort ist.



Sandro Zehner
Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion